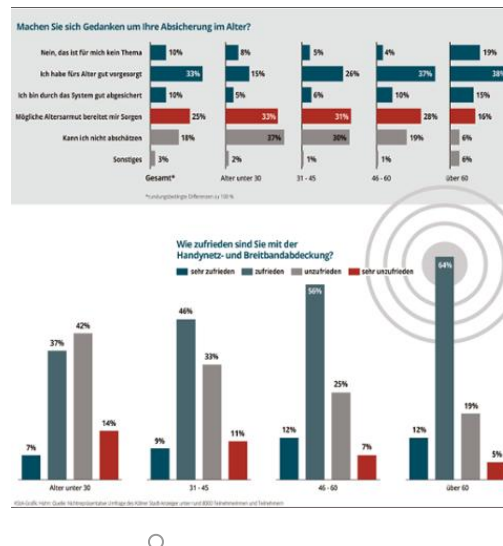


Leser-Umfrage des „Kölner Stadt-Anzeiger“ Was Altersvorsorge und Digitalisierung betrifft, sind sich Junge und Alte uneins – Beim Klima wünschen sich beide Gruppen ein Eingreifen des Staates

Die Jungen fürchten Altersarmut



VON JOACHIM FRANK

Köln. Bei Zukunftsthemen wie der Altersversorgung und der Digitalisierung, die im Bundestagswahlkampf eine große Rolle spielen, bestehen erhebliche Wahrnehmungs- und Interessenunterschiede zwischen den Generationen. Das ist das Ergebnis einer Online-Umfrage des „Kölner Stadt-Anzeiger“ bei den Leserinnen und Lesern (siehe Kasten).

Thema Altersversorgung

So geht unter jungen Menschen bis 30 eine große Unsicherheit über ihre Altersversorgung bis hin zur Sorge vor Altersarmut um. Besonders ausgeprägt ist das auch bei den sozial Schwachen.

Aus der Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen gaben 37 Prozent an, sie könnten ihre Absicherung im Alter nicht abschätzen, 33 Prozent macht der Gedanke an Altersarmut Sorgen. Unter den 31- bis 45-Jährigen sind es immerhin 30 beziehungsweise 31 Prozent. Geringer fallen die Werte bei den ganz Jungen aus, ebenso bei den Älteren. So fühlen sich die über 60-Jährigen, die die Altersgrenze

schon erreicht haben oder bald in den Ruhestand gehen, nach eigenen Angaben im Wesentlichen gut versorgt und abgesichert.

Am Prekärsten stellt sich die Situation für Menschen mit einem Einkommen von unter 2000 Euro dar. Von ihnen hat fast die Hälfte (46 Prozent) Angst vor Altersarmut. Jeder fünfte kann die Situation nicht abschätzen. Nur etwas mehr als jeder Zehnte glaubt, selbst gut vorgesorgt zu haben. Auf die staatliche Altersversorgung bauen nur sechs Prozent der einkommensschwächsten Gruppe.

Dementsprechend ist die mehrheitliche Zustimmung zum Vorschlag einer bedingungslosen Grundrente sowohl bei den Jungen als auch bei den sozial Schwachen überproportional hoch. Von allen Befragten sagen 61 Prozent „Ja“ oder „eher Ja“ zu dieser Form der Alterssicherung. Von den Jungen sind 77, von den sozial Schwachen sogar 79 Prozent für eine bedingungslose Grundrente.

Thema Digitalisierung

Beim viel diskutierten Thema Digitalisierung nimmt die junge Generation die Defizite in Deutschland am intensivsten wahr: So sind zwei Drittel der unter 30-Jährigen „unzufrieden“ oder „sehr unzufrieden“ mit der Netz- und Breitbandabdeckung. Zum Vergleich: Bei den über 60-Jährigen liegt dieser Wert bei weniger als einem Viertel.

Thema Gesundheit

Ein einhelliges, ausgesprochen positives Ergebnis über alle Altersgruppen und Schichten hinweg brachte die Umfrage in Hinblick auf das Gesundheitswesen und die medizinische Versorgung am Wohnort. Mit ihr zeigten sich mehr als 90 Prozent der Teilnehmenden zufrieden: 59 Prozent gaben an, sie fühlten sich „auf jeden Fall“ gut versorgt; 34 Prozent antworteten auf die entsprechende Frage mit „eher ja“.

Unterschiede zwischen Stadt und Land fallen bei diesem Thema weniger ins Gewicht, als man angesichts aktueller politischer Debatten über die Krankenhaus-Dichte und die Abdeckung mit Arztpraxen der ländlichen Bevölkerung vermuten könnte. Allenfalls lässt sich bei den Kölnerinnen und Kölnern ein im Vergleich zu den Bewohnern der Region noch höherer Grad der Zufriedenheit ausmachen.

Thema Steuern

Interessant ist auch eine durch die Bank mehrheitliche Bereitschaft, für eine bessere Entlohnung von Pflegekräften auch mehr zu bezahlen. 52 Prozent aller Befragten wären mit höheren Steuern zu diesem Zweck einverstanden. 16 Prozent zeigten sich unentschlossen, 32 Prozent reagierten ablehnend.

Vergleichsweise große Einhelligkeit besteht auch beim Ruf nach höheren Steuern für Gutverdienende. Dieser Forderung stimmen zwei Drittel aller Befragten zu. Am größten ist die Spreizung erwartungsgemäß zwischen den Einkommensgruppen: 79 Prozent der Bezieher eines Einkommens unter 2000 Euro befürworten eine höhere Besteuerung der Reichen. Bei denen mit mehr als 5000 Euro ist die Ablehnung am höchsten, liegt aber mit 36 Prozent deutlich unter dem Anteil derer, die auch in dieser Gruppe mit absoluter Mehrheit (51 Prozent) für höhere Steuern plädieren.

Thema Klimaschutz

Im Hinblick auf die Erfordernisse des Klimaschutzes setzt eine klare Mehrheit aller Befragten auf staatliche Lenkung: 71 Prozent halten Verbote für erforderlich, um den Klimawandel aufzuhalten, 20 Prozent votieren dagegen, neun Prozent sind unentschlossen. Um welche Verbote es sich handeln könnte, war nicht Teil der Umfrage.

Im Alltag nimmt der Umwelt- und Klimaschutz beim Umgang mit Müll und Verpackungen den breitesten Raum ein. Auch beim Konsum insgesamt, bei Fragen der Ernährung und der Mobilität denken die Befragten den Umwelt- und Klimaschutz mit. Nur zwei Prozent gaben an, nichts von alledem spiele für sie eine Rolle. In dem Teil der Umfrage, in dem frei formulierte eigene Antworten möglich waren, äußerte sich eine ganze Reihe von Teilnehmenden skeptisch bis komplett ablehnend zu der Annahme, das individuelle Verhalten oder auch Maßnahmen zum Klimaschutz in Deutschland könnten den Klimawandel – so er denn überhaupt vom Menschen gemacht sei – in nennenswertem Maße beeinflussen.

Thema Wohnen

Ein Eingreifen der Regierung ist laut Umfrage auch auf dem Wohnungsmarkt erforderlich. Um hohen Mieten entgegenzuwirken, sehen 61 Prozent der Befragten den Staat als Bauherrn am Zug. Jeweils etwa ein Drittel hält einen bundesweiten Mietendeckel (35 Prozent) oder eine schärfere Mietpreisbremse (30 Prozent) für geeignete Instrumente.

UMFRAGE – ALLE ERGEBNISSE

An unserer dreiwöchigen Umfrage zu den Streitthemen für die Bundestagswahl 2021 haben sich mehr als 8000 Menschen beteiligt. Abgefragt wurden etwa Klima, Verkehr und Mobilität, Altersvorsorge und Rente sowie Digitalisierung. Die Umfrage ist nicht repräsentativ. Alle Ergebnisse: ksta.de/ergebnisse-wahlumfrage

dpa